

# Lebender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lebender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die lebendige Poststelle oder deren Raum 180 Pfg., Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 289.

Freitag, den 10. Dezember 1920.

27. Jahrgang.

## Partikularistischer Bauernfang.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Bestrebungen in einzelnen Teilen des Landes Preußen, die auf eine Loslösung dieser Gebiete aus dem preussischen Staatsverbande und auf bundesstaatliche Selbständigkeit der loszulösenden Gebiete abzielen, gegenwärtig wieder im Stadium des Aufschwungs sich befinden. Das Reichsgesetz über die bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens hat in den Herzen aller dorer, denen das einheitliche Preußen ein Dorn im Auge ist, ein lebhaftes, hoffnungsvolles Echo ausgelöst. Der Weizen des Föderalismus blüht, und in seinem Schatten findet sich ein schier unentwirrbarer Knäuel der aller verschiedensten Bestrebungen zusammen, die sich praktisch zum großen Teil sehr stark widersprechen, die aber alle durch das eine „große“ Ziel geeinigt werden, daß es gelte, aus der ober-schlesischen Autonomie den Anfang vom Ende Preußens zu machen. Unter den Argumenten, die wieder rührig im Lande herumgetragen werden, um denen, die davon nichts wissen wollen, die Sache mündgerecht zu machen, spielt eine besonders große Rolle die Behauptung, daß Preußen und namentlich sein „Wasserlopp“ Berlin die Gebiete, die man herausreißen will, ausbeute und aussauge, und daß es ein Gebot der einfachsten Gerechtigkeit sei, diesen „schamlosen“ Zuständen ein Ende zu machen.

Ein Schulbeispiel für diese Art der Agitation, die wir einmal näher kennzeichnen wollen, ist die von der welfischen Partei aufgestellte Behauptung, daß nur durch die Lösung der preussischen „Ketten“ das hannoversche Volk wieder zu seinem guten wirtschaftlichen Recht kommen könne. — Im allgemeinen begnügen sich die Einseitigen der welfischen Bewegung damit, diese Forderung ohne eingehende Begründung aufzustellen. Sie wissen offenbar nur zu gut, daß die Begründung, die sie dieser Forderung zu geben gedenken, mehr als fadenlang ist, daß sie sogar an allen Ecken und Enden saftgroße Löcher aufweist. Wenn man sich nämlich die Lebensarten der Herrschaften unter die Lupe nimmt und sie nach ihren Gründen fragt, so wissen sie weiter nichts zu sagen, als daß die Provinz von den Erzeugnissen ihrer Landwirtschaft, namentlich von Kartoffeln und Fleisch, einen gewissen Teil zur Ernährung der übrigen Teile des deutschen Volkes abgeben muß. Diese Tatsache ist richtig und soll gar nicht bestritten werden. In der nachdrücklichsten Weise muß aber der unwahren Auslegung dieser Tatsache entgegengetreten werden, daß dieser Vorgang eine Verletzung guter Rechte der Bevölkerung der Provinz Hannover bedeute. Diese Folgerung kann man nur dann ziehen, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß wirtschaftliche Zusammengehörigkeit und gegenseitiges Aushelfen nicht zu denjenigen Pflichten gehören, die das deutsche Volk zu einer Schicksalsgemeinschaft verbinden. Demgegenüber muß betont werden, daß die einfachste Menschenpflicht gebietet, daß derjenige, der mit den Gütern dieser Erde reich bedacht ist, in Zeiten der Not seinen Brüdern von seiner reichlicheren Versorgung etwas abgibt. Die Provinz Hannover ist nun einmal viel besser versorgt mit den genannten landwirtschaftlichen Erzeugnissen als etwa das Land Sachsen oder das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Wenn die welfischen Agitatoren sich wirklich auf den Standpunkt stellen wollen, daß es das gute Recht der Hannoveraner sei, sich überreichlich satt zu essen, indessen deutsche Männer, darunter die, welche die Rohle für die hannoversche Industrie fördern, Frauen und Kinder in anderen Teilen Deutschlands an den notwendigen Lebensmitteln bitteren Mangel leiden, so sollen sie das tun. Dann wird jedermann mit Fingern auf sie zeigen, und wir werden wissen, mit was für einer hohen Sittlichkeit, mit welcher Opferbereitschaft für das Deutschland wir es bei einer Partei zu tun haben, die beständig so tut, als ob sie die Verwirklichung des guten Rechts in der Politik allein in Erbpacht habe.

Wenn man aber auf welfischer Seite diesen Standpunkt einnimmt, so soll man auch ganz Farbe bekennen. Die welfischen Argumente bedeuten ja nicht weniger, als daß die Welfen als Ziel ihrer Lösungsbestrebungen die Wiederherstellung jenes Zustandes in Deutschland erstreben, in dem das Reich in selbständige, einander nach Kräften auswuchernde und mit einander konkurrierende Wirtschaftsgebiete aufgelöst war. Wenn die welfische Partei aber mit ihrer Behauptung Ernst machen will, daß sie den einheitlichen wirtschaftlichen Bestand Deutschlands keineswegs auflösen wolle, so wird sie gut tun, ihren Anhängern und denen, die sie gern dazu stampeln möchte, reinen Wein einzuschütten und ihnen zu sagen, daß die Erhebung der einen oder anderen preussischen Provinz zum „selbständigen“ Land im Verband des Deutschen Reiches an der angeblichen Auswucherung der reichen Gebiete durch die armen nicht ändern kann. Die Welfen haben die Wahl, in welcher Gesellschaft sie in die Geschichte eingehen wollen, in der Gesellschaft Bayerns, das den Deutschen nördlich der Mainlinie jedes Pfund Butter und jeden Scheffel Korn vorantreibt, zu dessen Hintertziehung es nur imstande ist, oder in der Gesellschaft Württembergs, das ebenfalls ein

Land reichen landwirtschaftlichen Segens ist, seine Ablieferungs-pflichten gegenüber der Gesamtheit aber gewissenhaft und treu und ohne zu murren erfüllt. Wenn hierüber die Wahrheit gesagt wird, so wird sich ergeben, daß das Schlagwort von der Ausbeutung einzelner Teile Preußens durch

andere Teile keine Schamschlägerei ist, hinter der nichts steckt als das gewissenlose Agitationsbedürfnis reaktionärer Monarchisten, die sich zu ihren wahren Zielen nicht zu bekennen wagen, weil sie wissen, daß sie damit keine Dummen fangen können.

## Das Beamtenelend.

Die Besoldungsvorlage vor dem Reichstage.

Der Reichstag hat Donnerstag ganz den Anblick eines großen parlamentarischen Tages. Die Ministerbank war bis auf den letzten Platz besetzt, und auf der großen Estrade scharten sich die geheimen Räte und Vertreter der einzelnen Länder. Auf der Tagesordnung stand die Besoldungsvorlage. Die stürmische Unruhe, welche die Beamenschaft erfaßt hat, warf ihre Wogen bis in die Stühle. Als erster Redner aus dem Hause ergriff unser Genosse Steinlopp das Wort, selbst ein mittlerer Postbeamter, der in kurzer, aber von innerer Erregung durchglühter Rede die Lage der Beamenschaft, zumal der mittleren und unteren, schilderte. Ihm folgte der Zentrumsmann Melckotte, der die treffende Bemerkung machte, daß die Hauptschuld an der großen Not weiter Beamenschichten die Reichstage der Jahre von 1907 bis 1914 treffe. Damals habe weder die Mehrheit des Parlaments noch die Regierung für die Lage der Beamenschaft Verständnis gezeigt. Der frühere preussische Finanzminister Hergt, einer der Hauptschuldigen an der trostlosen Lage der Beamenschaft aus früheren Jahren, hatte die freche Stirn, sich und seine Partei als Beamtenfreunde aufzuspielen und eben weit über die Regierungsvorlage hinausgehenden Antrag seiner Fraktion zu begründen. Ein Redner der Deutschen Volkspartei hielt die Gelegenheit für günstig, die Unfähigkeit seiner Partei, Wiederaufbauarbeit zu leisten, durch ein inhaltloses Gezer gegen die Sozialdemokratie zu beweisen. In einer schwierigen Lage befand sich der Reichsfinanzminister Wirth. Er mußte gegen die weitergehenden Anträge sprechen, obwohl er zweifellos selbst von der Unzulänglichkeit der Regierungsvorlage überzeugt ist. Leicht fiel es ihm, den Antrag der „Unabhängigen“ abzuwehren, der für Reich, Staat und Gemeinden eine Mehrbelastung von 14 Milliarden Mark beträgt, eine Riesentlast, unter der, vom Reich ganz abgesehen, die Industriegebiete zuerst erliegen müßten. Auch ein Antrag unserer Partei, der wenigstens den Beamten mit Grundgehältern unter 8100 Mk. eine Teuerungszulage auf das Grundgehalt verschaffen wollte (die Regierungsvorlage sieht nur Erhöhung von Kinderzuschlägen vor), fand bei dem forgebefahrenen Reichsfinanzminister keine Gnade. Daß dieser auch die wirklich rücksichtslos gehaltenen Anträge der Deutschnationalen zurückwies, ist selbstverständlich. Trotzdem zweifeln wir nicht, daß die Beamenschaft, die von allen Ständen die meisten politischen Rechte besitzt, auf das Geschwäh der Deutschnationalen da und dort hereinfallen wird. Wie sehr haben doch die Beamten schon vergessen, wie sie unter dem alten Obrigkeitsstaat behandelt worden sind!

Eine Szene von dramatischer Wucht gab es, als der frühere Reichsfinanzminister, Genosse Bauer, mit Hergt und seinen deutschvolksparteilichen Bundesgenossen abrechnete. Das ganze Haus lachte der Rede Bauers. Er wirkte nicht durch glatte Worte, sondern durch die Macht seiner Beweisgründe. Neben ihm stand der Zentrumsmann Giesberts, der nach jedem Satz durch eifrige Zustimmung bestätigte, daß Bauer die Wahrheit sprach. Schwindel ist es, daß die Sozialdemokratie Ministerposten geschaffen hat. Schwindel ist es, daß unsere Partei in der Regierung zur Vermehrung des Beamtenkörpers beigetragen hat. Lärmende Zustimmung, auch in der Mitte des Hauses, befandete, daß die Sozialdemokratie in der Regierung wahrhaft aufbauende Arbeit geleistet hat. Grob, aber treffend sagte Bauer, daß die Deutsche Volkspartei jetzt der ganzen Welt ihre vollendete Unfähigkeit offenbare. Als unser Redner den Abgeordneten Hergt durch eine früher Rede des Ministers Hergt widerlegte, brauchte ein Beifallssturm zu ihm empor. In atemloser Spannung horchten die Abgeordneten aller Parteien auf, als Bauer berichtete, daß in der Revolution Leute, die jetzt in der Partei des Herrn Stinnes sitzen, zu dem Arbeitsminister Bauer gekommen seien, um ihn zu beschwören, nur die Milliarden nicht zu schonen. Es läme nicht darauf an, was ausgegeben werde, sondern darauf, daß der Zusammenbruch verhindert werde. Stundenlang setzte die Debatte sich noch fort. Dann kam die mit Spannung erwartete Abstimmung. Sie ergab die Ablehnung des deutschnationalen, sozialdemokratischen, „unabhängigen“ und kommunistischen Antrages. Die Kommunisten regten sich nicht wenig auf, weil auch unsere Fraktion gegen eine von ihnen beantragte Mißbilligung des Streikverbots an die Reichspostbeamten stimmte. Indessen war diese Aufregung nur Mache. Auch die Kommunisten wissen, daß schon eine Interpellation zu dieser Angelegenheit vorliegt. Unsere Partei wird nämlich schon in wenigen Tagen im Parlament Gelegenheit nehmen, ihren Standpunkt zum Streikrecht der Beamten darzulegen. Die Kommunisten werden sich daran gewöhnen müssen, daß wir uns unsere Taktik von ihren Anträgen nicht vorzeichnen lassen. Das Ende der Krise war die Annahme der Regie-

rungevorlage gegen die Stimmen der Kommunisten. Die „Unabhängigen“ leisteten sich aus alter Liebe für Hin- und Herschwankungen das Schauspiel, bei der zweiten Lesung gegen die Vorlage, bei der dritten aber dafür zu stimmen. Für die Wahlaktion verdient festgehalten zu werden, daß der deutschnationale Führer Schulz in einer Geschäftsordnungsdebatte den sozialdemokratischen Antrag als finanziell weitergehend bezeichnen, als den seiner eigenen Partei.

Nun haben die Beamten im Lande das Wort. Wir bedauern, daß unsere Bemühungen, wenigstens den am schlechtesten besoldeten Beamten trotz der traurigen Finanzlage des Reiches mehr zuzukommen zu lassen, am Widerstand der bürgerlichen Regierung und der bürgerlichen Parteien gescheitert sind.

44. Sitzung.

Donnerstag, 9. Dezember. Anfang 2 Uhr.

Am Regierungstisch: Fernbach, Heinze, Wirth, Simons, Koch, Giesberts, Herms.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Haushaltsvorlage über

die Beamtenbesoldung.

Durch die Regierungsvorlage sollen die Teuerungszulagen zu den Kinderzulagen erhöht werden, und zwar soll dies mit Wirkung ab 1. Oktober 1920 ab gesehen, für die Ortsklasse A auf 125 Prozent, für die Ortsklasse B auf 100 Prozent, für die Ortsklasse C auf 75 Prozent (der geltende Satz beträgt 60 Prozent). Die Regierungsvorlage erfordert einen Mehraufwand von 408 000 000 M.

Der Hauptauschlag des Reichstages beantragt, die Erhöhung auf 150 Prozent für Ortsklasse A, auf 125 Prozent für Ortsklasse B und auf 100 Prozent für Ortsklasse C zu genehmigen, sowie für die Ortsklassen D und E auf 75 Prozent. Ferner sollen für außerplanmäßige Beamte die Zuschläge von 80 Prozent auf den vollen Ortszuschlag erhöht werden. Hierzu kommt weiter der allgemeine Teuerungszuschlag von 50 Prozent.

Die Sozialdemokraten beantragen, vom 1. Oktober 1920 ab bei Grundgehältern bis zu 8100 Mk. die Teuerungszuschläge auf 60 Prozent festzusetzen.

Abg. Dr. Höfle (S.) begründet den Antrag des Hauptaus-

schlusses. Abg. Steinlopp (S.): Die Not des Beamtenstandes kann nicht mehr überboten werden. Unsere Aufgabe ist es, zu prüfen, wie dieser Not entgegengetreten werden kann. Die Regierung hat sich zu ihrem Eingreifen zwingen lassen; denn die Vorlage ist schon einen vollen Monat fertig, wogegen keine besondere Sorge seitens der Regierung für die Beamenschaft spricht. Die Vorlage war zunächst ungenügend und besserungsbedürftig. Wir berücksichtigen zwar das allgemeine Finanzelend, halten jedoch an unsern Prinzipien fest, besonders was die Kinderbeihilfe betrifft. Die Beamten in den Großstädten und Großbetrieben haben von dem Ortsklassenverzeichnis soviel wie gar nichts. Die Kinder waren bisher ganz ausgeschlossen. Die Kinderzulagen müssen bei allen Beamten gleichmäßig gestaffelt werden. Die höher bezahlten Beamten haben an Teuerungszulagen so viel, wie bei den kleineren Beamten das ganze Gehalt ausmacht. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Die sozialdemokratische Partei beantragt, durchweg Teuerungszuschläge auf 1000 Mk. festzusetzen. Dabei ist zu bedenken, daß die Teuerungszuschläge ebenfalls unter dem Einkommensteuergesetz stehen. Wenn man gerecht sein will, dann muß gestaffelt werden. Ein Teuerungszuschlag von 50 bis 60 Prozent zum Grundgehalt ist wenig, aber mit den Kinderzulagen wenigstens einigermaßen fühlbar. Wir behalten uns vor, nach dem Gange der Debatte noch einen weiteren Antrag einzubringen. Es ist richtig, daß das Geld ganz entwertet ist, doch wollen wir der Einwendung des Herrn Finanzministers nur das ganz einfache Argument des kurrenden Magens entgegenhalten. Zu den gestiegenen Fleischpreisen und Luxusbedürfnissen stehen die Hungernden Magen der Beamten und Angestellten in einem trafen Mißverhältnis. Erreulich ist, daß die Pensionäre automatisch mit an den Zuschlägen teilnehmen werden. Nach dem Verbleib des Papiergeldes muß geforscht werden. Es wird von allen Kreisen verneint. Es muß ein Weg gefunden werden, das Geld aus dem Volke herauszuholen. Ein grundsätzlicher Wandel muß geschaffen werden mit dem Zustand der oberen Beamenschaft. Bei der Post, bei der Telegraphenreichsanstalt werden immer neue Räte und Referenten angestellt. Bei der Oberpostdirektion reichen die Räume nicht mehr aus, so daß an den Bau eines neuen Gebäudes für 25 Millionen gedacht wird. (Hört, hört!) Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Im Bereich des Finanzministeriums, Abteilung IV, sind neuerdings 100 Beamte befördert worden. (Heiterkeit.) Ist das Sparsamkeit? Ein Preisabbau muß durchgeführt werden bei den großen Verkaufswaltungen, dann werden die kleineren nachfolgen. Die Beamten wollen nur das Nötigste haben, um ihr Dasein fristen zu können. Sie werden verstummen und treu ihre Pflicht erfüllen, wenn sie sehen, daß die Reichsregierung das Thut tut.

Abg. Melckotte (S.): Die Notlage der Beamten ist zu atoh, aber man hätte schneller mit der Hilfe kommen sollen. Gewiß bietet unter Antrag technische Schwierigkeiten. Das darf und aber nicht abhalten, diesen Weg zu betreten. Handelt es sich doch für die einzelnen Beamten um Summen von 1000 Mark. Unter allen Umständen halten wir aber rasche Hilfe für notwendig. Außerdem ist die Verbilligung der Lebensmittel erforderlich.





# Wollenbau

Die vorteilhafte Einkaufsstätte - Lübecks - - -

Besonders preiswerte Kleider- und Blusen-Stoffe  
Unsere anerkannt guten Qualitäten auf Wunsch auch in Geschenk-Packung

## Einstellung der Abfindung mit Entlassungsanträgen am 1. Dezember 1920.

Das Heeresabwickelungs-Hauptamt hat bestimmt, daß mit dem 1. Dezember 1920 die Abfindung mit Entlassungsanträgen einzustellen ist. Auch der Austausch von angeblich schlechten Entlassungsanträgen oder Nachanträgen darf nicht mehr stattfinden.

Eine Ausnahme bilden die Kriegeschädigten, welche wischen dem 1. Juli 1916 und vor dem 9. November 1918 entlassen wurden, wenn folgende Voraussetzungen zutreffen:

1. Stellung des Rentenanspruches vor dem 8. Mai 1919;
  2. Beantragung des Entlassungsanspruches vor dem 28. Dezember 1919;
  3. Erhalt des Rentenanerkenntnisbescheides erst jetzt.
- Trifft eine von den vorstehenden Voraussetzungen nicht zu, so darf ein Entlassungsantrag nicht mehr angeht werden. Jeder andere Antrag an die Abwickelungs-Intendantur in Altona wegen Ausgabe von Entlassungsanträgen ist zwecklos. Die Bescheidungskammern der Versorgungsämter sind aufgelöst. Die vor dem 1. Dezember 1920 bei der Abwickelungsintendantur eingegangenen Anträge werden noch bearbeitet, jetzt noch eingehende Anträge werden nicht beantwortet.

10772 Abwickelungsintendantur Altona.

## Befanntmachung.

Das noch verfügbare Siebelungsland an der Brandenburger Landstraße, am Haltinger Weg in Schüttus, am Bahnhof Reede-Mindorf und auf der Volkshof bei Mindorf soll vergeben werden. Das Stadterweiterungsamt, Kleiner Bauhof 15, erteilt nähere Auskunft und nimmt Anträge entgegen.

Lübeck, 9. Dezember 1920. 10760; Die Baubehörde.

## Eübeler Badeanstalt

Wegen Kesselreinigung ist die Anstalt von Montag, dem 13. Dezember, bis einschließlich Mittwoch, dem 15. Dezember ds. Jrs. geschlossen.

Lübeck, den 10. Dez. 1920. Die Finanzbehörde, Abteilung für Häuser und Plätze.

## Jenisch'sche Schule.

El. Innenstr. 4. Anmeldungen neuer Schülerinnen im Dezember, nachm. von 3 1/2 - 4 Uhr erbeten. 10768) J. Reimpell.

## Jg. Mädchen

für leichte Beschäftigung gesucht. 10769) Ernst Sachse, Geinerstr. 8.

## Möbl. Zimmer

zu verm. z. 1. Jan. I möbl. Wohn- u. Schlafz. m. Bent. an 2 Personen. 11745) Lange Reihe 19.

## Gut erh. Bedd.-Kuppenwagen

a. Gummi u. m. Riff. zu vt. 10771) Weichheit 14a L.

## Puppen, hell. Klappstühle

z. v. H. Weg. m. Sonn. 9 A. 10781) Krempeleb. Allee 64.

## 1 Sporttreppe

u. Kuppenwagen 2 pers. 10785) Seeburgstr. 26, Seeburg.

## Kuppenwagen, Kuppenwagen

u. Schenkelstühle zu vt. 10781) Seeburgstr. 41 II.

## Zu vt. 2. Handwagen

10785) Seeburgstr. 26, Seeburg.

## Schub-Buchholtz

Schwartauer Allee 4, Große Burastraße 36 hat billige Preise, keine Preiserhöhung. 10742) Bitte Kennerpreise zu beachten!

## Wichtig! Raucher Wichtige!

Großer Posten gar. rein übersee! Hamburger Hausmacher 65 Pfennig und 1 Mt. Tabak in allen Preislagen. 10771) Haas von 6,50 Mt., arab. orient. Tabak. Zigaretten, Pfeifen, Kaffeebohnen. M. Tetow & Stosch, jr., Fünshausen 31.

## In eurer Garderobe vertilgen Sie unter Garantie Kopfschmerzen, Hauterkrankungen, Fieber, Grippe, Hals- u. Brustwehen, Fische bei Menschen u. Tier. „Gardol“, a. geist. M. Wund. unsteril. Verkauf nur Friseur. 10767) H. Wiese, Altdorfstr. 4, Postverl.

## Felle

aller Arten, sowie Pferde- und Kuhschweifhaare kauft zu höchsten Tagespreisen. Jul. Wagner, Fern. 3414, Holstenstr. 8.

## Pikant

Die Ein-Mark-Zigarette wieder eingetr. 10784) Zigarrenhaus Bergtor, Gr. Burastr. 7, Fern. 1049.

## Tilsiter

Fettkäse 1 Pf. 12.-, Käse 1 Pf. 12.-, Tilsiter 1 Pf. 9.- u. 10.-, Dan. Gouda 12.- u. 15.-, Holl. Gouda 1/2 Pf. 14.-, Schweizer 15.-, f. Leberwurst 1 Pf. 18. u. 20.-, f. Cornedbeef 1 Pf. 16.-, Rost. Butterhandlung, Beidergr. 9, Fernruf 2064.

## Das Betriebsrätegesetz

2,50 Mt. Kunst der freien Rede von Fritz Müller 2,00 Mt. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 45.

## Arbeiter-Notiz-Skalender

für das Jahr 1921. 2 Mt. 25 Pf. Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 45.

## Der Schrei nach dem Recht

„Die Tragödie von Mackerradt“ Preis Mt. 2,50. Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 45.

## Kaffeehaus Moising. Familienball

am Sonnabend, dem 11. Dezember 1920. Vornehme Ballmusik Anfang 7 Uhr. Es ladet freundlichst ein H. Siemers. 10769) Sonntag kein Tanz.

## Skat-Brüder!

Jeden Freitag 7 1/2 u. Sonntag nachmittag 4 Uhr Gr. Preis-Skat nur la. Fleisch- und Wurstpreise im Restaurant Fr. Schröder, 10748) Dankwagsgrube 13.

## Zentralhallen

Morgen Sonnabend großer Ball vom Spar-Club „Gemütlich“ Anfang 7 Uhr. 10780)

## Stadthallen-Lichtspiele.

Vom 10. bis 16. Dezember:

## Das Martyrium

Drama in 5 Akten mit Pola Negri.

## Die tugendhafte Josephine.

Schwank in 3 Akten. 10783)

## Rein gefallen.

Lustspiel in 2 Akten. Aufführungszellen von 4-7 und 7-10 Uhr. Vorverkauf bei Niemeyer, Breite Straße.

## Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr Heinrich Onda. 10780)

## Zadenburger!

Mit dem heutigen Tage eröffne ich Segeberger Straße 37 ein 10743) Zigaretten, Tabak u. Zigaretten-Geschäft und bitte um regen Zuspruch. Billige Preise. Aufmerksamste Bedienung. Carl Bauert.

## Der Betriebsherr im Kleinbetriebe.

Von Rudolf Weck. Preis Mt. 2,50. Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 45.

## Zentralverband der Zimmerer.

Bezirk Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, 11. Dez., abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verhandlung mit den Arbeitgebern. 2. Unsere Arbeitszeit. Das Erscheinen aller Kameraden ist dringend erwünscht. 10767) Der Vorstand.

## Salomba

1 Pf. nur Mt. 4,00

Volkshochschule. Sonnabend, 11. Dezbr. 1920, abends 8 Uhr, im Forsthaus. Vortrag: Museumsdirektor Dr. Heise über Entwicklung der Möbelformen. (Mit Lichtbildern). Eintritt für Hörer frei, Nicht-Hörer 1 Mt. 10744)

## Preis-Skat

Sonnabend 7 1/2 Uhr Sonntag. . . 4 1/2 Uhr Restaurant Johs. Jürß, 10788) Engelsgrube 39.

## Preis-Skat!

1. Preis eine Gans Sonnabend 7 1/2 Uhr. Johs. Dunkelmann, Sadowastr. 1a. 10747)

## Preis-Stat

Sonnabend 7 1/2 Uhr Gänse, Enten, Karpfen Fr. Altmann, Sadowastr. 11a. 10764)

## Gledermann

8 1/2 Uhr 10764)

## Schenk & Co.

und das sensationelle Dezember-Programm.

## Hansa-Theater

Heute 7 1/2 Uhr: 1/18. V. A., 7. S. A., S. I. sowie Sonnab. u. Sonntag Galsirel Trude Boraholt. Schwarzwaldmädel

Sonntag nachm. 3 1/2: Zum letzten Male. (Preis 6-1 Mt.) 10740) Dornböschchen.

Sonnabend, 18. Dezbr.: Galsirel Paul Wegener.

## Stadttheater Lübeck.

Freitag, 9. B. u. 8. Vorh. t. S. A. Moral. 7.80. 10768) Sonnabend, 10. B. u. 8. Vorh. t. Opern-Abonn. Der letzte Walzer. 7.80.

Sonntag, 11. B. u. 8. Vorh. t. S. A. Moral. 7.80. 10769) Veranstaltung für d. Arb.-Mitgl. Der Barbier von Sevilla. 2.80. Eintrittskarten a. d. Theaterk. z. h. Mda. Engagementspiel von Fr. Dügl. 7.00.

## Gewerkschaftshaus.

Abends 8 Uhr: Dank-Abend von Mitgliedern des Stadttheaters. Gesang-Länge - Gung. Eintrittspreis 8.-Mt. Vorverkauf an der Theaterkasse Kaufmanns- und Gewerkschaftshaus.



berett, hierbei unsere Pflicht, unsere volle Pflicht, zu erfüllen. Wir wissen, daß wir der Solidarität der deutschen Arbeiter bei der Bekämpfung der Not...

(Schluß folgt.)

Aus der Partei.

Der Parteiausschuh trat am 8. Dezember in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Am ersten Tage nahm er Stellung zur Regierungsbildung in Sachsen...

Die Wichtigkeit der Abstimmung in Oberösterreich wurde besprochen und die Parteivorstände im ganzen Reich veranlaßt, hier eine rege Teilnahme...

Ueber die Finanzpolitische Lage im Reich wurde eingehend diskutiert. Der Parteiausschuh war eines Sinnes mit den Reichsfraktionen...

Die Schaffung eines Korrespondenzblattes des Parteivorstandes und einer Umgestaltung der Parteikorrespondenz wurde vom Parteiausschuh begrüßt.

Es wurde beschlossen, die „Gleichheit“ zukünftig zweimal im Monat, dafür in erweiterter Umfang, erscheinen zu lassen.

Am Donnerstag, dem 9. Dezember, nahmen die preussischen Mitglieder des Parteiausschusses gemeinsam mit dem Vorstand der Landtagsfraktion...

Freistaat Lübeck.

Freitag, 10. Dezember.

Fürsorge für jugendliche Krüppel.

In dieser Zeit des Winters, wo staatliche Organe und Menschenfreunde bemüht sind, unermöglichten Eltern zu helfen, die grausamen Folgen der wirtschaftlichen Not...

Kriegshinterbliebenenfürsorge. Dem Bericht des Wohlfahrtsamtes entnehmen wir noch folgendes: Das Wohlfahrtsamt hat die Geschäftsführung des mit der praktischen Fürsorge für Kriegshinterbliebene betrauten Ortsausschusses...

Mit der allgemeinen Not der Bevölkerung steigt auch die Not der Kriegshinterbliebenen. Obwohl das Reich vom 1. Juni 1919 an einen Abrechnungszeitraum auf alle Hinterbliebenengebühren gewährte und die Nationalstiftung in Anerkennung dieser Notlage...

Schiffengericht. Zwei Plünderungsfälle vom 30. Juni fanden am Donnerstag wiederum vor dem Schiffengericht zur Verhandlung. Der Fuhrmann P. hatte sich in dem Langenschen Geschäft in der Fuhrstraße einen Pelzmantel im Werte von 1500 Mark angeeignet...

Stellungsgelände. Die Baubehörde beabsichtigt die Vergebung des noch verfügbaren Stellungenlandes in den Stellungen an der Brandenburger Landstraße am Palmenerweg in Schüttnap...

Arbeiterbewegung.

Spezial. Republikanische Gemeinschaft. Unter diesem Namen wurde in Schwere eine Vereinigung gegründet, die die Zusammenfassung aller verfassungstreuen republikanischen Elemente in Mecklenburg-Schweden erstrebt...

Gestohlen beim Magistrat Potsdam. In den Magistratsräumen des Stadtschlosses in Potsdam sind in der letzten Zeit eine Unmenge Glühbirnen aus den Beleuchtungskörpern gestohlen worden...

Eine Explosion in den Höcker Farbwerken. In einem Spezialbetrieb der Höcker Farbwerke erfolgte Mittwoch nachmittag eine Explosion. Fünf Arbeiter wurden getötet, sechs verletzt.

Eisenbahn-Unfall in Wien. Auf dem Uspang-Bahnhof in Wien fuhr Mittwoch ein Personenzug in eine Gruppe von Waggonen hinein, wobei zwei Personen getötet und acht Personen teils schwer, teils leicht verletzt wurden.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Das Arbeiter-Sport-Partei beabsichtigt, für Lübeck eine Arbeiter-Samariter-Kolonie ins Leben zu rufen. Der Arbeiter-Samariter-Bund ist eine Wohlfahrtsorganisation der Arbeiterbewegung...

J. A.: Das Arbeiter-Sport-Partei. M. Werner, Vorsitzender.

Der Ortsausschuh des allgemeinen Gewerkschaftsbundes. J. A.: Wfr. Drogger.

Spielbericht der Fußball-Abteilung des N.-L.-V. Lübeck. Berardorf I - N.-L.-V. 0:4 (0:1) Am letzten Sonntag, dem 5. Dezember, trug die erste Mannschaft des N.-L.-V. ihr letztes Bezirksspiel in Berardorf aus...

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 9. Dezember.

Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

Table with 4 columns: Location, Date, Exchange Rate, and another Date. Includes entries for Holland, Kopenhagen, Stockholm, etc.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Table with 5 columns: Dampfer, Segler, Schiffsname, Kapitän, Herkunftsort, Fahrzeit, Tage, Ort. Includes arrivals and departures.

Beim Einkauf von Zahnpulver und Zahnpasta verlangen Sie immer Nr. 23, wenn Ihnen Ihre Zähne lieb sind.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 11. bis 17. Dezember 1920.

Table with 4 columns: Art, Menge, Preis, Abschnitt und Karte. Lists food items like Brot, Wehl, etc.

Die vertheilt festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Überschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preisverhöher vom 8. Mai 1918 bestraft.

Sübeck, den 10. Dezember 1920.

Das Landesverwaltungsamt.